

Bericht der Bundesregierung über den G20-Gipfel in Los Cabos vom 18. - 19. Juni 2012

Vom 18. bis 19. Juni 2012 trafen sich die Staats- und Regierungschefs der G20 in Los Cabos/Mexiko. Die Lage der Weltwirtschaft war erneut, wie bereits beim vorhergehenden Gipfel 2011 in Cannes, zentrales Thema. In ihrer Abschlusserklärung betonte die G20 die Bedeutung der internationalen Zusammenarbeit und drückten ihre Unterstützung für die Eurozone aus und verabschiedeten den „Los Cabos Growth and Jobs Action Plan“.

Beim Thema Beschäftigung lag der Fokus auf der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Schaffung von Arbeitsplätzen mit Sozialversicherungsschutz und fairem Einkommen.

Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen die Bedeutung offener Handels- und Investitionsregime für die globale wirtschaftliche Erholung und verlängerten ihre Selbstverpflichtung, von der Errichtung neuer Handels- und Investitionsbeschränkungen abzusehen, um ein weiteres Jahr bis Ende 2014.

Die G20-Länder verpflichteten sich erneut die beschlossenen Reformen im Bereich der Finanzmarktregulierung fristgerecht, vollständig und konsistent umzusetzen. Die IWF-Mittel wurden durch weitere Zusagen der Schwellenländer aufgestockt.

Zur Ernährungssicherung wurde das neue Finanzierungsinstrument „AgResults“ geschaffen, um Privatinvestitionen im Agrarsektor in Entwicklungsländern zu fördern und um Marktverzerrungen entgegenzuwirken.

Im Bereich Entwicklung lag der Fokus auf der Verbesserung der Infrastruktur und auf der Schaffung besserer Rahmenbedingungen für private Investitionen. Zur Implementierung von Grünem Wachstum in den Entwicklungsländern wurde die Entwicklung von Analyse- und Umsetzungsinstrumenten angeregt.

Beim Thema Klima standen das erneute Bekenntnis der G20 zur Umsetzung der Vereinbarungen von Cancun und Durban sowie Klimafinanzierung im Vordergrund. Zum Zweck der Korruptionsbekämpfung wurden neue Leitlinien zu Einreiseverboten gegen korrupte Beamte und zur Offenlegung der Vermögensverhältnisse hochrangiger Amtsträger indossiert sowie ein Handbuch über Rechtshilfeverfahren veröffentlicht.

Ab dem 1. Dezember 2012 wird die Russische Föderation die Präsidentschaft der G20 bis zum 30.11.2013 übernehmen.

Weltwirtschaft

Die Lage der Weltwirtschaft war zentrales Thema des Treffens der Staats- und Regierungschefs in Los Cabos. Gemeinsame Einschätzung aller Teilnehmer war, dass sich die Weltwirtschaft in einer kritischen Phase befinde. Wichtig sei, ein starkes Signal der Vertrauensbildung für Bürger und Märkte vom Gipfel auszusenden. Die aktuelle Entwicklung in der Eurozone stand dabei erneut im Mittelpunkt. Der Abbau der internen Ungleichgewichte in der Eurozone schreite auch Dank der stärkeren Binnennachfrage in Deutschland voran. Die Vertiefung der Europäischen Union werde weiter vorangetrieben. Die europäischen Vertreter verwiesen geschlossen auf die zahlreichen Maßnahmen wie Fiskalpakt und Erhöhung der Brandmauern hin und stellten in Aussicht, beim Europäischen Rat Ende Juni weitere Ansätze für mehr Wachstum und die politische Integration zu diskutieren. Von vielen Seiten wurde der Eurozone ausdrückliche Anerkennung für die bereits eingeleiteten Maßnahmen ausgesprochen und weiterhin Unterstützung für die Reformpolitik zugesichert. Zudem wurde Verständnis dafür geäußert, dass die Entwicklung zu einer politischen Union Zeit brauche. Vielfach wurden zusätzliche kurzfristige Maßnahmen sowie ein klarer Fahrplan zur Fiskal- und Bankenunion gefordert. Auch das Interesse an einem Verbleib Griechenlands in der Eurozone wurde von der G20 betont, wobei Griechenland den eingeschlagenen Reformweg fortsetzen müsse. Darüber hinaus wurden Spaniens Ankündigung zur Rekapitalisierung seines Bankensystems und die Bereitschaft der Eurozone, die spanische Regierung dabei zu unterstützen, in der Abschlusserklärung ausdrücklich begrüßt. Die G20 wies aber gleichzeitig auch auf die Verantwortung anderer Weltregionen zur Stärkung der globalen Konjunktur hin. Insbesondere bestehe auch außerhalb Europas Handlungsbedarf zur weiteren Verringerung fiskalischer, finanzieller und wirtschaftlicher Ungleichgewichte.

Entsprechend wurden Maßnahmen wie eine die Konjunktur schonende Haushaltskonsolidierung in den USA, weitere Wechselkursflexibilisierung in China, behutsame makroökonomische Maßnahmen in den Schwellenländern angesichts volatiler Kapi-

talströme und das Bekenntnis zu offenen Märkten diskutiert. Erinnert wurde auch daran, die Zusagen der Vergangenheit einzuhalten. In ihrer Abschlusserklärung betont die G20, dass internationale Zusammenarbeit in dieser Situation wichtiger denn je sei, um die aktuellen Herausforderungen zu bewältigen. Mit diesem Bekenntnis zum Multilateralismus setzt sich die G20 für die Stärkung von finanzieller und fiskalischer Stabilität, Wachstum und Vertrauen ein. Jeder G20-Mitgliedsstaat wird im Rahmen seiner Möglichkeiten einen Beitrag zur Bewältigung der aktuellen Herausforderungen leisten.

Framework for sustainable and balanced Growth

Ein zentrales Ergebnis des Gipfels war die Verabschiedung des „Los Cabos Growth and Jobs Action Plan“. Mit ihm verpflichten sich die einzelnen G20-Staaten zu Maßnahmen, die zu einem starken, nachhaltigen und ausgeglichenen Wachstum beitragen sollen. Zentrale Elemente des „Los Cabos Action Plan“ sind das Festhalten an den bereits 2010 in Toronto formulierten Zielen der Fiskalkonsolidierung sowie Strukturreformen aller G20-Mitgliedstaaten. Deutschland erfüllt dabei seine eingegangenen Verpflichtungen, sowohl was die Fiskalkonsolidierung als auch was die vereinbarte Stärkung der Binnennachfrage angeht.

Beschäftigung

Die Schaffung und Förderung von Beschäftigung war eines der zentralen Themen des Gipfels. Besonderes Augenmerk galt dabei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit. Für Jugendliche komme es insbesondere darauf an, einen reibungslosen Übergang von der Schule zum Beruf zu gewährleisten. Die G20 wird ihre Kooperation mit Blick auf die Bildung und berufliche Ausbildung weiter verstärken. Außerdem betont die G20 in ihrer Abschlusserklärung, dass Arbeitsplätze, die Sozialversicherungsschutz und ein gerechtes Einkommen bieten sowie die Wahrnehmung von Arbeitsrechten ermöglichen, zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum beitragen. Die zuständigen internationalen Organisationen wurden aufgefordert, Vorschläge für die Stärkung der sozialen Basissysteme in den Entwicklungsländern zu erarbeiten. Die G20 indossierte die Ergebnisse des G20-Arbeitsministertreffens in Guadalajara und begrüßte die Konsultationen mit den Sozialpartnern sowie die

Beiträge der Treffen der Wirtschaftsvertreter (Business 20) und Sozialpartner (Labour 20). Das Mandat der G20 Arbeitsgruppe Beschäftigung wurde um ein Jahr verlängert.

Handel

Die Staats- und Regierungschefs unterstrichen die Bedeutung offener Handels- und Investitionsregime für die globale wirtschaftliche Erholung. Sie verpflichteten sich auf die Erhaltung investitionsfreundlicher Rahmenbedingungen und bekräftigten ihr Interesse an einem Abschluss der Doha-Runde der WTO einschließlich besonders weit vorgeschrittener Verhandlungskapitel wie Handelserleichterungen und die Belange der am wenigsten entwickelten Staaten. Ihre bereits bei den vorhergehenden Gipfeln bekräftigten Selbstverpflichtungen, von der Errichtung neuer Handels- und Investitionsbeschränkungen abzusehen, verlängerten die Staats- und Regierungschefs in Los Cabos um ein weiteres Jahr bis Ende 2014. WTO, OECD und UNCTAD wurden aufgefordert, ihre Beobachtung und Analyse der von den G20-Staaten ergriffenen Maßnahmen auszubauen; die Staaten sagten zu, dafür durch zeitnahe Notifikation die Grundlage zu schaffen. WTO, OECD und UNCTAD erhielten auch den Auftrag, ihre Arbeiten zur Analyse der Funktion und Auswirkungen globaler Wertschöpfungsketten fortzusetzen und unter der kommenden russischen G20-Präsidentschaft 2013 einen Fortschrittsbericht vorzulegen.

Stärkung der Internationalen Finanzarchitektur

Ein weiteres zentrales Ergebnis des Gipfels und großer Erfolg der mexikanischen Präsidentschaft ist die Finalisierung der im April 2012 beschlossenen Ressourcenaufstockung des IWF. Viele Länder nutzten die Sitzung, um ihre Zusagen zur temporären Aufstockung der IWF-Ressourcen zu konkretisieren: China 43 Mrd. USD, Brasilien 10 Mrd. USD, Russland 10 Mrd. USD, Mexiko 10 Mrd. USD, Indien 10 Mrd. USD, Türkei 5 Mrd. USD, Südafrika 2 Mrd. USD, Kolumbien 1,5 Mrd. USD. Damit wurde der bei der Frühjahrstagung des IWF in Aussicht gestellte Betrag von 430 Mrd. USD mit insgesamt 456 Mrd. USD sogar noch übertroffen. Besonders zu begrüßen ist, dass mit den erfolgten Zusagen von Schwellenländern eine faire und international ausgeglichene Lastenteilung gelungen ist, die den IWF mit den not-

wendigen Mitteln ausstattet. Die G20 würdigte dieses positive Ergebnis als einen sichtbaren Erfolg der globalen internationalen Zusammenarbeit und hob hervor, dass die Mittel allen Mitgliedstaaten zur Verfügung stehen. Von den Vertretern der Schwellenländer wurde jedoch gleichzeitig betont, dass es angesichts dieser Zusagen und der breiten Konsolidierungsanstrengungen nicht zu einem Rückgang der Entwicklungshilfe und der Investitionsmittel der internationalen Entwicklungsbanken kommen dürfe.

Ebenso wurde die IWF Quoten- und Governance-Reform diskutiert. Die G20 unterstrich ihre Absicht, die im Jahr 2010 vereinbarte Reform bis zum vereinbarten Termin der Jahrestagung von IWF und Weltbank im Oktober 2012 umzusetzen. Deutschland konnte in Los Cabos bekannt geben, dass das nationale Gesetzgebungsverfahren zur Umsetzung der Reform im Mai 2012 innerhalb der gesetzten Frist abgeschlossen werden konnte. In anderen wichtigen Staaten steht die Umsetzung dagegen noch aus. Auch die Überprüfung der allgemeinen Quotenformel bis Januar 2013 soll fristgerecht abgeschlossen werden. Des Weiteren verständigten sich die Staats- und Regierungschefs darauf, die Überwachungsfunktion des IWF zu stärken, indem die bilaterale und multilaterale Überwachung im Interesse der Finanzstabilität miteinander verzahnt werden. Die G20 begrüßte den von den internationalen Organisationen vorgelegten Bericht zur Stärkung lokaler Anleihemärkte und hob die Bedeutung dieser Märkte insbesondere für Schwellen- und Entwicklungsländer hervor.

Finanzmarktregulierung und Finanzielle Inklusion

Finanzmarktregulierung ist unverändert ein zentraler Bereich unserer internationalen Bemühungen. In der Abschlusserklärung wiederholt die G20 ihre Selbstverpflichtung zu einer fristgerechten, vollständigen und konsistenten Umsetzung der beschlossenen Reformen und betont, dass diese sowie die Bewältigung noch offener Regulierungsaufgaben zentral seien, um zukünftige Krisen zu verhindern und stabiles Wachstum zu erzielen. Der regelmäßig vorgelegte Fortschrittsbericht zur Implementierung der G20-Reformen zeigt insgesamt gute Fortschritte auf internationaler Ebene, wohingegen auf nationaler Ebene noch einige Anstrengungen erforderlich sind. Eine

wichtige Entscheidung des Gipfels war die Umsetzung der Reform zur Stärkung des Financial Stability Boards (FSB). Damit erhält das FSB einen klaren und dauerhaften institutionellen Rahmen, der ihm erlaubt, seine wichtigen Aufgaben bei der Erarbeitung und Durchsetzung internationaler Finanzmarktstandards auch in Zukunft effizient wahrzunehmen. Auch die Einführung eines Legal Entity Identifiers (LEI) wurde beschlossen; dieser stellt einen wichtigen Schritt in Richtung mehr Transparenz auf den Finanzmärkten dar, indem es künftig möglich sein wird, die Vertragsparteien von Finanzmarkttransaktionen eindeutig zu identifizieren. Daneben hat sich der Gipfel unter anderem mit Fortschritten bei der Umsetzung des Rahmenwerks für systemrelevante Finanzinstitute (SIFIs) und seiner Erstreckung auf national relevante Banken und Nichtbanken befasst. Dies ist ein wichtiger Schritt zur Bewältigung des „too-big-to-fail“-Problems. Auch die dringend notwendige Regulierung des Schattenbankensektors wurde beim Gipfel betont. Sowohl zu den SIFIs als auch zum Schattenbanksystem wird das FSB noch in diesem Jahr konkrete Vorschläge vorlegen. Schließlich bekannte sich die G20 zur Regulierung der außerbörslich gehandelten (OTC-)Derivate. Der Zeitplan zur Umsetzung der Beschlüsse (Handel über Börsen/elektronische Plattformen, Abwicklung über zentrale Clearingstellen und Meldung an Transaktionsregister) bis Ende 2012 wurde bestätigt. Hier wurden auf internationaler Ebene, aber auch auf regionaler und nationaler Ebene, namentlich in der EU, den USA und Japan, erhebliche Fortschritte erzielt, jedoch sind weitere Bemühungen erforderlich.

Ein Schwerpunktthema der mexikanischen Präsidentschaft war darüber hinaus die Finanzielle Inklusion, also die Verbesserung des Zugangs zu Finanzdienstleistungen vor allem in Entwicklungsländern. Auch die Stärkung des Verbraucherschutzes und der finanziellen Grundbildung wurde in diesem Zusammenhang forciert. In Los Cabos wurden Fortschritte bei der Umsetzung der bereits beim Gipfel in Cannes angenommenen Empfehlungen zur finanziellen Teilhabe begrüßt. Außerdem wurden Indikatoren für die Bewertung der Finanziellen Teilhabe erarbeitet, ein „Peer-Learning“-Programm vorgestellt, das Informationen zu nationalen Strategien im Bereich finanzielle Inklusion bündelt und Leitlinien für nationale Strategien zur finanziellen Grundbildung verabschiedet.

Ernährungssicherung und Preisvolatilität

Die G20 stellte die Erhöhung der Produktion und der Produktivität im Agrarbereich als eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit heraus. Dies gelte vor allem mit Blick auf den absehbaren Bevölkerungszuwachs. Angesichts der Mangelernährung zahlreicher Kleinkinder forderte die G20 dazu auf, die Initiative „Scaling Up Nutrition“ zu unterstützen, die eine bessere Versorgung von Schwangeren und Kindern bis zum 2. Geburtstag zum Ziel hat. Sie rief zudem dazu auf, die von den Agrarministern 2011 vereinbarten Initiativen, u. a. im Bereich Forschung und Monitoring, sowie verschiedene Plattformen, z. B. für Risikomanagement, umzusetzen. Zugleich startete die G20 die neue Initiative „AgResults“, mittels der die Privatwirtschaft ermutigt werden soll, in innovative Produkte zu investieren. Die Fortschritte bei der Umsetzung von „AMIS“ (Agricultural Market Information System), mit durch die Schaffung von mehr Transparenz die Preisvolatilität bei Nahrungsmitteln reduziert werden soll, wurde begrüßt. Ein transparentes Handelssystem spiele insbesondere mit Blick auf Agrarrohstoffe für die Ernährungssicherung eine wichtige Rolle; auch der effiziente Einsatz von Wasser und fruchtbarem Land trage zu einer nachhaltigen und ressourcenschonenden Landwirtschaft bei. Die G20 forderte, die FAO-Leitlinien für die verantwortungsvolle Verwaltung von Land- und Bodennutzungsrechten zu implementieren. Die G20-Staatschefs nahmen einen Bericht entgegen, der die Auswirkungen weltweit steigender und volatiler Rohstoffpreise in größeren makroökonomischen Zusammenhängen, also auch mit Blick auf geld- und fiskalpolitische Wechselwirkungen, analysiert und dabei nicht nur Agrarrohstoffe, sondern alle Rohstoffklassen betrachtet. Die G20 sprach sich insbesondere für eine Erhöhung der Markttransparenz und eine bessere Regulierung der Derivatemärkte aus und bekräftigte, dass die Arbeiten zu diesen wichtigen Themen fortgeführt werden.

Entwicklung

Mexiko hatte beim Thema Entwicklung drei Dossiers in den Vordergrund gestellt: Ernährungssicherung, Grünes Wachstum und Infrastruktur. Hauptaugenmerk lag bei alledem auf der Einbindung des Privatsektors: Die Gipfelerklärung spiegelt die Erkenntnis der G20 wider, dass eine nachhaltige und dauerhafte Entwicklung nur

gemeinsam durch öffentliche Entwicklungshilfe und mit privaten Investitionen erreicht werden kann. Beim Gipfel wurde daher ein Bericht indossiert, der darlegt, wie das Investitionsrisiko in Entwicklungsländern besser eingeschätzt werden kann. In einem zweiten, ebenfalls indossierten Bericht prüft die Weltbank Optionen für effiziente und zugleich umweltschonende Transportsysteme für die Megastädte der Entwicklungsländer. Daneben beauftragte die G20 ihre Arbeitsgruppe Entwicklung erstmals damit, ein Verfahren der gemeinsamen Rechenschaft der G20 bezüglich der von ihr eingegangenen Verpflichtungen im Bereich Entwicklung zu erarbeiten.

Grünes Wachstum / Klima / Energie

Die Entscheidung Mexikos, Grünes Wachstum als eines der Schwerpunktthemen des diesjährigen Gipfels zu wählen, wurde allgemein begrüßt. Gerade angesichts aktueller Herausforderungen sei der Blick auf die Voraussetzungen für nachhaltiges Wachstum wichtig. Grünes Wachstum müsse daher weiterhin ein Thema auf der G20-Agenda bleiben. Die G20 unterstrich ihre Unterstützung für die VN-Konferenz zur nachhaltigen Entwicklung "Rio + 20" und den VN-Klimaprozess (UNFCCC) und bekräftigte ihre Zusage, die Vereinbarungen von Cancun und Durban vollständig umzusetzen. Die G20 forderte ihre Expertengruppe zur Klimafinanzierung auf, bis November 2012 den Finanzministern einen Fortschrittsbericht vorzulegen. Zudem müsse der Green Climate Fund operationalisiert werden. Die Staats- und Regierungschefs wiesen auf die Notwendigkeit hin, Maßnahmen zur Erreichung einer kohlenstoffarmen Wirtschaft zu entwickeln und Strategien für grünes Wachstum auch im Rahmen von Strukturreformen zu berücksichtigen, um einen nachhaltigen Wirtschaftspfad zu erreichen. Die Entwicklung geeigneter Analyse- und Umsetzungsinstrumente für solche Strategien für einkommensschwache Länder ("Toolkit") wurde angeregt. Eine neue Dialogplattform wird Entwicklungsländern helfen, private Finanzmittel für grüne Investitionen einzuwerben. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten – nicht zuletzt auf Betreiben Deutschlands –, ineffiziente Subventionen fossiler Energieträger weiter abzubauen, womit dem Umweltschutz und der Konsolidierung der öffentlichen Finanzen gleichermaßen gedient wäre, ohne arme Bevölkerungsschichten zu benachteiligen.

Korruptionsbekämpfung

Beim Thema Korruptionsbekämpfung lag der Fokus darauf, wie die praktische Umsetzung des in Seoul verabschiedeten mehrjährigen Aktionsplans vorangetrieben werden kann. Zu diesem Zweck indossierte die G20 die von der Arbeitsgruppe Antikorruption erarbeiteten Leitlinien für Einreiseverbote gegenüber korrupten Beamten sowie die von der APEC (Asia-Pacific Economic Corporation) verabschiedeten Prinzipien zur Offenlegung der Einkommens- und Vermögensverhältnisse von hochrangigen Amtsträgern. Daneben wurde zum Gipfel ein umfangreiches, an Praktiker gerichtetes Handbuch zu den Verfahren bei Rechtshilfeersuchen in allen G20-Staaten erarbeitet und veröffentlicht, um die Zusammenarbeit der Strafverfolgungsbehörden aller Mitgliedstaaten zu verbessern. Die Staats- und Regierungschefs einigten sich darauf, das Mandat der Arbeitsgruppe Antikorruption um zwei Jahre bis 2014 zu verlängern.